

PIRSCH Redaktion
Lothstraße 29
80797 München

1) Wie steht Ihre Partei zum derzeitigen Jagdwesen in der BRD mit seinen Grundpfeilern Bindung des Jagdrechts an Grund und Boden, Reviersystem und Hegepflicht?

Das deutsche Jagdwesen hat sich bewährt, muss jedoch stetig weiterentwickelt werden. Die Zusammenfassung von Kleinstbereichen in die Jagdgenossenschaft gewährleistet, dass der Wildbestand regional reguliert werden kann; der Diskussionsstand innerhalb der AGen schlägt darüber hinaus eine erweiterte Zusammenarbeit im Wildmanagement auf Ebene der Hegegemeinschaften vor, um Hege- und Jagdmaßnahmen zu koordinieren, aber auch als Ansprechpartner für andere Waldnutzer wie Landwirtschaft und Erschließung des Waldes zur Naherholung (Wanderwege). Wünschenswert wären Erleichterungen für Grundbesitzer in der Jagdgenossenschaft, Jagderlaubnisscheine zu erhalten, ggf. beschränkt auf ihre Grundstücke.

Nach der Märzrevolution im Jahr 1848 wurde das Adelsprivileg zur Jagd aufgehoben und an die Grundeigentümer vergeben. Diese rotteten mit zu starker Bejagung, insbesondere auf Kleinflächen, die Tiere fast aus und beeinträchtigen kleinbäuerlicher Betriebe. Daher wurden damals Grundstücke zu größeren Revieren (Reviersystem) zusammengelegt, es wurden Schonzeiten für bedrohte Tiere eingerichtet, Wildschadensersatz für die Land- und Forstwirte eingeführt. In der Zeit von 1925 bis 1934 wurden jagdliche Regelungen für die Bewirtschaftung des Wildes, u.a. auch die Hegepflicht für Fauna und Flora, verabschiedet.

Da bisher kein Tier, das dem Jagdrecht unterliegt, ausgestorben ist, haben sich diese Grundsätze bewährt.

Die Piratenpartei arbeitet auf eine transparente, offene Jagd hin, in der das Töten von Tieren einer ökologischen Notwendigkeit (unter anderem Anpassung des Wildbestandes an Lebensraum- und Nahrungsressourcen, zu Nahrungszwecken, zur Verringerung von Wildunfällen, Verminderung von Verbiss, Erlösen kranker Tiere, Verhinderung von Tierseuchen und Verbesserung der Biodiversität) zu Grunde liegt.

2) Das Bundesjagdgesetz in der derzeit geltenden Fassung hat sich bewährt. Sehen Sie dennoch Handlungsbedarf für eine Änderung des Jagdgesetzes einschließlich des Kataloges der jagdbaren Arten und der Jagdzeiten-Verordnung?

Einzig die Piratenpartei Saarland hat bislang einen Beschluss zur Beibehaltung der am 16.03.2010 eingeführten 6-monatigen Schonzeit vom 16. Februar bis 16. August für Füchse und Fuchswelpen gefasst. Ob dies Bundesprogramm wird, ist nicht absehbar.

Der Fuchs war in früheren Zeiten Räuber und Beute zugleich. Auch wurde der Bestand früher nach Tollwut-Ausbrüchen um 50-70% reduziert. Durch die Tollwutimmunsierung und die fehlenden Großräuber Luchs und Wolf wuchs die Fuchspopulation, in Europa um mehr als das Fünffache. Der Fuchs hat fast nur noch einen Bestandsregulator: den Menschen.

Eine Schonzeit zu der Zeit, in der die meisten Bodenbrüter ihren Nachwuchs aufziehen bedroht deren Population. Dies sieht man besonders deutlich am hohen Bruterfolg bei Bodenbrütern auf raubsäugerfreien Inseln. Auch Hasen und Kitze gehören zu seiner Beute und auch diese Tiere werden im Frühjahr gesetzt.

Wenn die Bejagung einer nicht in ihrem Bestand gefährdeten Art das Überleben vieler bedrohter Arten gewährleistet, dann sollte die erste Art im Sinn des Wildmanagements auf ein erträgliches Maß reguliert werden, wozu auch bei Überpopulationen Dezimierung gehört.

Wenn als oberste Priorität Nachhaltigkeit durch Wildmanagement steht, dann benötigen wir regionale "Runde Tische" unter Teilnahme aller Betroffenen, auch der Spaziergänger, Geocatcher, Reiter, der Tourismusbranche, der Land- und Forstwirte, der Jäger, Tier- und Naturschützer, die sich auf einen lokalen oder auch regionalen Managementplan einigen. Bundesweite Regelungen sind dazu weniger geeignet.

3) Wie stehen Sie zur Jagd in Schutzgebieten, insbesondere zur Ausübung der Fangjagd als Maßnahme zum Artenschutz?

Wie unter 2) beschrieben wäre es der Biodiversität abträglich, wenn der Gewinner der Kulturlandschaft in Schutzgebieten nicht bejagt wird. Ein generelles Jagdverbot in Schutzgebieten ist daher eher abzulehnen. Wildmanagement besteht auch aus Regulierung. Da Raubsäuger am effektivsten und störungsfreisten durch die Fangjagd einem Schutzgebiet "entnommen" werden können, sollte diese Maßnahme auch genutzt werden, um die anderen Arten zu schützen.

Dabei ist zu beachten, dass keine generelle Regelung in Kraft tritt. Im Sinne des nachhaltigen Schutzes von Umwelt und Natur sind gegebenenfalls auch weitere Schutzgebiete erforderlich, in denen die Jagd gegebenenfalls eingeschränkt werden müsste.

4) Wie steht Ihre Partei zu einer bundesweiten Einführung

a) einer Steuer für den Besitz legaler Waffen?

b) einer Gebühr für die regelmäßige Überprüfung der Zuverlässigkeit und Kontrolle der sicheren Aufbewahrung?

Dazu haben wir keinen spezifischen Beschluss. Da wir aber ausdrücklich die Privatsphäre von rechtstreuen Bürgern als hohes Gut ansehen, wird auch gerade die Waffenkontrolle Gegenstand einer kritischen Betrachtung sein.

Generell setzen wir uns für ein einfaches Steuersystem ein. Daraus resultiert, dass außerhalb der normalen Besteuerung liegende Abgaben nur dann erhoben werden sollen, wenn dadurch eine Lenkungswirkung ersichtlich ist. Solange dies nicht geklärt ist - also dass beispielsweise mit der Einführung einer zusätzlichen Steuer die Zahl der Straftaten, die mit legal erworbenen Waffen verübt werden, zurückgehen, nachgewiesen ist - halten wir eine zusätzliche Steuer für nicht zielführend.

Erschwerend ist bei der Beurteilung solcher Maßnahmen die Tatsache, dass Straftaten mit Waffen kriminalstatistisch nicht ordentlich aufgeschlüsselt erfasst werden. Daher fordern wir eine bessere Statistik, die eindeutig identifiziert welche und wie viele Straftaten auf legale, illegale und freie Waffen entfallen.

5) Über den illegalen Waffenbesitz mit geschätzten 20 bis 40 Millionen Waffen wird kaum gesprochen. Stattdessen gängelt man die im NWR registrierten sachkundigen, rechtstreuen Legalwaffenbesitzer.

Was gedenkt Ihre Partei zur Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes zu tun?

Wir setzen stark auf Kriminalprävention. Diesen Ansatz sehen wir als weitreichender und wirkungsvoller als die Konzentration auf einzelne Straftaten. Diese soll sich sowohl auf eine soziale Eingliederung junger Menschen, die regelmäßig eine Straffälligkeit verhindert, beziehen, als auch durch den Einsatz von mehr Polizisten als Streifen in Problemgebieten das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern ("Polizisten statt Kameras!") und damit eine illegale Bewaffnung zum Selbstschutz verhindern. Ansonsten halten wir das geltende Recht für ausreichend und lehnen nach derzeitigem Kenntnisstand eine Verschärfung ab. Eine weitestgehende Ausmerzung von illegalem Waffenerwerb und -besitz könnte nur durch massiv mehr Überwachung erreicht werden, die unverhältnismäßige Eingriffe in die Privatsphäre aller Bürger mit sich bringen würde.

6) Sollte vor dem Hintergrund der zeitlichen und monetären Leistungen der Jägerschaft für die Allgemeinheit nicht bundesweit die Jagdsteuer abgeschafft werden?

Die Jagdsteuer ist eine der wenigen Steuerarten, die die Gemeinden festlegen können. Ihre Festlegung erfolgt mehr oder weniger nach Haushaltslage, ihre Höhe ist rational nicht nachvollziehbar. Die Lenkungswirkung ist nicht sichtbar, da fraglich ist, ob sich diese auf die verpachtete Gesamtfläche auswirkt. Sie zählt zu den Bagatellsteuern. Mit im Jahr 2010 rund 18,9 Mio. € gezahlter Jagd- und Fischereisteuer scheint der Aufwand fast höher als der Ertrag.

Wir fordern ein transparentes und einfaches Steuerrecht. Steuern sollten zudem eine Lenkungswirkung entfalten und hauptsächlich derjenigen Gruppe zugute kommen, die sie zu entrichten haben.

Zwar haben wir dieses Problem bislang noch nicht umfassend thematisiert, aus den genannten Gründen ist jedoch von einer Ablehnung dieser Steuer auszugehen.

7) Wie steht Ihre Partei zur Einführung bleifreier Büchsenmunition?

Grundsätzlich sind wir für den Schutz der Umwelt und die Erhaltung der Artenvielfalt. In diesem Sinne erscheint es zielführend, wenn weniger Blei im Freiland verschossen wird.

Da beim Symposium des BfR im März 2013 die Wissenschaftler aussagten, dass Einträge durch Jagdmunition relativ zu den vorhandenen Vorräten an Blei, Kupfer und Zinn als gering einzuschätzen sind und es keine Beeinträchtigung der Lebensmittelsicherheit von jagdlich gewonnenem Wildbret durch Transfer von Schwermetallen in Blattlaub über den Pfad Boden / Pflanze gäbe, ist keine Eile nötig.

Neben dem Umweltschutz, sind auch Tierschutz und Sicherheit bei der Jagd zu beachten. Bleifreie Geschosse sollen angeblich schlechter töten (Tierschutz) und sie prallen definitiv, da sie härter sind, stärker ab (Unfallrisiko). Aus letzterem Grund sind sie auf den meisten Schießständen verboten. Es wäre fatal, wenn Jäger ihre Waffen, bevor sie auf die Jagd gehen, nicht auf dem Schießstand testen und einrichten könnten. Vorschnelle Bleiverbote würden jedoch genau diese Auswirkung haben.

Der Entscheidungsprozess ist somit noch nicht abschließend beendet.

8) Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie geht eine "Vermaisung" ganzer Landstriche einher – und damit ein immenser Artenrückgang bei Flora und Fauna. Was gedenken Sie dagegen zu tun?

Monokulturen sehen wir als Problem an. Die Förderung für Biogasanlagen möchten wir so ändern, dass nur Anlagen gefördert werden, die vorzugsweise Abfallstoffe verwerten und nicht mehr solche, für die Monokulturen angelegt werden. Zudem ist die Gesamtenergiebilanz solcher Anlagen fragwürdig, da Dünger und Bewirtschaftung einen hohen Energieaufwand benötigen. So wird die wirtschaftliche Nutzung von Landflächen zum Anbau von Energiepflanzen uninteressanter.

Daher setzen wir uns für die Förderung der naturnahen, ökologischen Landwirtschaft ein.

9) Das Schwarzwild verursacht im großflächigen Energiemais-Anbau häufig große Schäden. Halten Sie die meist sehr einseitige Ersatzleistungspflicht durch die Jäger angesichts der enorm erschwerten Bejagbarkeit für angemessen?

Die pauschale Ersatzleistungspflicht durch die Jäger können wir nicht nachvollziehen. Es ist natürlich, dass die Tiere sich die Nahrungsgründe suchen, die am leichtesten und ungefährlichsten für sie erreichbar sind. Somit sind daraus resultierende Verbisse in unserer Meinung dem Verursacherprinzip zuzuordnen – der Schaffung der Nahrungsquelle. Hier setzen wir auf die Beseitigung der Ursachen, also der großen Monokulturen durch Energiepflanzenanbau, siehe auch Antwort zu 8.